

Absender:

Büro der Beauftragten der Bundesregierung
für die Belange der Patientinnen und Patienten
sowie der Bevollmächtigten für Pflege
Frau Ingrid Fischbach
Friedrichstraße 108
10117 Berlin

Datum

Erhöhung der Heimentgelte – höhere Löhne der Pflegekräfte dürfen nicht auf dem Rücken der Bewohner finanziert werden

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Fischbach,

ich bin / meine Angehörigen sind im Pflegeheim _____ der Arbeiterwohlfahrt in _____ als Bewohner untergebracht.

Der Träger der Einrichtung teilte uns mit Schreiben vom _____ mit, dass sich aufgrund der mit der Gewerkschaft ver.di mit Wirkung zum 01.02.2018 vereinbarten neuen Tarifverträge die Heimentgelte um monatlich _____ erhöhen werden. Ursache dafür sind die steigenden Löhne für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Einrichtung.

Wir unterstützen ausdrücklich, dass die Pflegekräfte besser entlohnt werden. Es handelt sich um einen verantwortungsvollen, fordernden und körperlich anstrengenden Beruf.

Warum aber sollen die Kosten für bessere Löhne in der Pflege allein von den Bewohnerinnen und Bewohnern getragen werden? Warum gibt es eine Höchstgrenze der Pflegeversicherungs-Leistung? Warum kümmert sich der Gesetzgeber nicht um eine Pflegefinanzierung, die die Menschen im Fall eines Pflegebedarfs nicht vor den finanziellen Ruin stellt?

Wir fordern Sie auf, in Kenntnis der Rahmenbedingungen endlich zu handeln. Pflege muss aus der Gemeinschaft heraus mitfinanziert werden. Sorgen Sie dafür, dass die Pflegeversicherung so strukturiert wird, dass sie für die Menschen mit Pflegebedarf auskömmlich ist!

In Erwartung einer Antwort verbleiben wir
mit freundlichen Grüßen